

Deutscher Bundestag

Protokoll Nr. 17/9

17. Wahlperiode

**Enquete-Kommission
Internet und digitale Gesellschaft**

Kurzprotokoll

der

9. Sitzung

Berlin, den 21. Februar 2011, 14.48 – 16.13 Uhr

Sitzungsort: Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1, Paul-Löbe-Haus

Sitzungssaal: E. 400

Vorsitz: Axel E. Fischer, MdB

Vor Beginn der Sitzung

Auf Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und FDP beginnt die Sitzung um 14.45 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt Frau Vizepräsidentin und Vorsitzende der IuK-Kommission **Abg. Petra Pau**.

Er gratuliert **SV Nicole Simon, SV Dr. Jeanette Hofmann, Abg. Manuel Höferlin (FDP)** und **Abg. Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** zum Geburtstag.

Der **Vorsitzende** dankt **Abg. Martin Dörmann (SPD)** für seine bisherige Tätigkeit als stellvertretender Vorsitzender ganz herzlich. Er habe sehr gut und vertrauensvoll mit ihm zusammengearbeitet. Er weist darauf hin, dass Herr Dörmann der Kommission erfreulicherweise als stellvertretendes Mitglied erhalten bleiben werde.

Abg. Martin Dörmann (SPD) erwidert den Dank und schließt dabei das Sekretariat der Enquete-Kommission ausdrücklich mit ein.

TOP 1 - Adhocracy/Bürgerbeteiligung

Der **Vorsitzende** führt einleitend aus:

Im Einsetzungsbeschluss habe der Deutsche Bundestag die Einbeziehung der interessierten Öffentlichkeit in die Arbeit der Enquete beschlossen. Aus diesem Grund habe die Kommission gleich zu Beginn ein Forum und ein Blog eingerichtet, um mit den Bürgerinnen und Bürgern in einen Dialog eintreten zu können. Er danke all je-

nen, die sich bereits an der Diskussion beteiligt haben. Diese Beiträge enthielten wertvolle Hinweise und bereicherten die Arbeit.

Mit Adhocracy wollte die Kommission einen weiteren Schritt zur Einbeziehung der Öffentlichkeit gehen. Dies habe jedoch zu Diskussionen geführt.

Insbesondere gebe es Bedenken hinsichtlich der angemessenen Beteiligungsmöglichkeiten aller Bürger sowie des repräsentativen Charakters der Partizipation. Es sei nicht zu übersehen, dass nicht alle Bürgerinnen und Bürger Zugang zum Netz hätten und über die zeitlichen Ressourcen verfügten, sich zu beteiligen.

Darüber hinaus bleibe die Frage nach einem angemessenen Authentifizierungsverfahren unbeantwortet. Sei es nicht so, dass diejenigen, die sich an parlamentarischen Prozessen, wie Abstimmungen, beteiligen wollten, genauso identifizierbar sein sollten, wie es für Parlamentarier und Sachverständige selbstverständlich sei.

Des Weiteren habe die IuK-Kommission am 26. Januar 2011 zunächst eine Kosten-Nutzen-Relation angestellt: Die bisherigen Beiträge seien zwar qualitativ hochwertig. Es gebe jedoch nicht so viele Texte, dass die Notwendigkeit bestehe, ein zusätzliches Beteiligungstool zu implementieren. Außerdem seien Zweifel laut geworden, dass Adhocracy für die Erstellung des Zwischenberichts rechtzeitig zum Einsatz gebracht werden könne.

Der **Vorsitzende** verweist darauf, dass die Sitzung auf Antrag aller Fraktionen stattfinde. Daneben lägen ihm mehrere Anträge für den Tagesordnungspunkt 1 vor.

Abg. Jens Koeppen (CDU/CSU) erklärt, er bedauere, dass es trotz eines einstimmigen Beschlusses der Enquete-Kommission einen so großen Zeitverlust gegeben habe, ein weiteres Beteiligungswerkzeug zu installieren. Adhocracy sei von der IuK-Kommission mit dem Hinweis zurückgestellt worden, eine Online-AG einzurichten, die sich über die weiteren Schritte verständigen solle.

Die Fraktion der CDU/CSU begrüße den Vorschlag der Sachverständigen (A-Drs.17(24)015), der es ermögliche, ein weiteres Beteiligungswerkzeug außerhalb des Bundestages zu installieren. Seine Fraktion habe diese Vorschläge aufgegriffen.

Wichtig sei, dass die in der heutigen Sitzung einzusetzende Arbeitsgruppe für die Online-Beteiligung bis spätestens 24. Februar 2011 einen Zeitplan für die Veröffentlichung der Inhalte der Enquete-Kommission und den Projektgruppen vorlege und Vorschläge unterbreite wie Texte mit Hilfe des 18. Sachverständigen diskutiert werden sollen. Dabei dürfe es keine Verzögerungen bei der Umsetzung geben, damit das neue Beteiligungswerkzeug sofort als Plattform außerhalb des Deutschen Bundestages zur Verfügung stehen und noch für den Zwischenbericht nutzbar gemacht werde könne. Dies sei laut Aussage der Sachverständigen innerhalb weniger Tage möglich. Zu klären sei jedoch noch, wie die Ergebnisse dieser Beteiligung in die Projektgruppe zurückfließen.

Abg. Lars Klingbeil (SPD) sagt, ihm liege bisher nur der Antrag der fünf Sachverständigen vor. Er sei daher verwundert darüber, dass nicht der Antragssteller zuerst das Wort erteilt bekomme.

Mit Einsetzung der Enquete-Kommission sei allen klar gewesen, dass es neben der inhaltlichen Frage auch immer darum gegangen sei, Experimentierraum für neue Formen der Beteiligung und Transparenz zu sein. Jeder habe in den letzten Jahren gesehen, wie sich Öffentlichkeit und Beteiligung wandle und welche Potenziale in diesem Bereich lägen.

Es sei daher immer wichtig gewesen, Online-Beteiligung im Konsens auf den Weg zu bringen. Es habe mehrere Ebenen gegeben, auf denen darüber beschlossen worden sei.

Letztendlich seien die gefällten Beschlüsse und die Kommunikation außerhalb über die Enquete-Kommission nicht von Vorteil gewesen, weil man dem zentralen Anspruch an Transparenz, Öffentlichkeit und Beteiligung nicht gerecht geworden sei.

Die SPD habe daher immer signalisiert, jeden Weg mitzugehen, um sicherzustellen, dass es am Ende einen „18. Sachverständigen“ gebe, der sich beteiligen könne. Dies heiße aber auch, dem Bürger mehr zu bieten als ein Forum, eine E-Mail Adresse oder einen Twitter-Account.

Die Diskussion in der IuK-Kommission habe er selbst miterlebt und er warne ausdrücklich davor, dass man auf der Ebene des unter Anderem vorgebrachten Einwands, die Einführung einer Online-Beteiligung sei ein Angriff auf die repräsentative Demokratie, diskutiere. Die Beteiligung und Einbeziehung in die Diskussion von mehr Menschen an den Beschlüssen der Enquete-Kommission stelle eine Bereicherung für alle dar.

Die gesamte SPD-Arbeitsgruppe sei dankbar dafür, dass fünf Sachverständige der Enquete-Kommission eine Lösung erarbeitet haben, die das Problem der Kosten sowie des langen Zeitraums löse und zudem nach außen zeige, dass die Enquete-Kommission für eine ernsthafte Beteiligung und Transparenz stehe. Deshalb werde die SPD gerne für den Antrag der Sachverständigen stimmen.

Der **Vorsitzende** erwidert, die Anträge auf Einberufung der Sondersitzung seien von allen Fraktionen eingereicht worden. Er habe deshalb zunächst dem Obmann der CDU-/CSU-Fraktion als größter Fraktion das Wort erteilt. Zudem bitte er darum, dass die bisherigen Beteiligungsmöglichkeiten für den 18. Sachverständigen, wie das Forum oder der Blog, auch als ernsthafte Beteiligungsformen anzuerkennen. Selbstverständlich bestehe aber auch Einigkeit darüber, dass zusätzliche, weiterführende Schritte wünschenswert seien.

Abg. Jimmy Schulz (FDP) betont, alle wollten mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Zudem wolle man als Parlament auch Neuland betreten, um zu sehen, wie man Information, Kommunikation und Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern künftig verbessern könne, um so der Politikverdrossenheit entgegenzutreten zu können. Dies sei auch der im Einsetzungsbeschluss der Enquete-Kommission niedergelegte Auftrag der Kommission. Die „klassischen“ Beteiligungs- und Informati-

onsmöglichkeiten, die der Bundestag biete (wie das Forum, die Microsite, etc.), seien zwar richtige Schritte, denen nun aber weitere folgen müssten. Einer dieser Wege, der im Rahmen der Enquete gemeinsam beschlossen worden war, sei bedauerlicher Weise versperrt worden.

Deshalb begrüße er den Vorschlag der fünf Sachverständigen, hier einen Schritt zu gehen, der außerhalb des Bundestages stattfinde. Diese Idee sei von der einen oder anderen Seite in den vergangenen Wochen auch bereits geäußert worden. Die Idee und das Ziel dieser Vorlage halte er für richtig. Es gebe aber ein paar Punkte, über die noch einmal nachgedacht werden müsse, da sie vielleicht in der geplanten Art und Weise gar nicht realisierbar seien - wie etwa die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe. Aus diesem Grund sei ein verbesserter Entwurf entwickelt worden, der bspw. konkretere Termine enthalte sowie eine klarere Aussage darüber, wer was wann und wie entscheide. Unabhängig davon, was man heute hier beschließe, müsse man darüber entscheiden, wie künftig Informationen aus der Enquete-Kommission an die Öffentlichkeit gebracht würden und wie man gegebenenfalls mit den Ergebnissen einer solchen Öffentlichkeitsbeteiligung umgehen wolle. Dies sei ein Punkt, der noch nicht genügend vertieft worden sei und über den man noch nachdenken müsse.

Abg. Halina Wawzyniak (DIE LINKE.) weist darauf hin, dass es einen Beschluss der gesamten Enquete für Adhocracy gegeben habe. Dieser Beschluss sei an der Mehrheit in der IuK-Kommission zunächst gescheitert. Dies sei begründet worden mit dem Argument der zu hohen Kosten und dem Hinweis darauf, dass das Instrument möglicherweise nicht mehr bis zum Zwischenbericht eingerichtet werden könne. Weitere neue Argumente wie die, die zum Beispiel vom Vorsitzenden in der heutigen Sitzung der Enquete vorgetragen worden sein, seien nicht in der IuK-Kommission diskutiert worden. Vor diesem Hintergrund habe auch die Fraktion DIE LINKE. sich über den Antrag der fünf Sachverständigen gefreut und werde ihm zustimmen; ein weiterer Antrag liege ihr nicht in schriftlicher Form vor, sodass sie ihn nicht kenne. Man solle keine weitere Zeit mit der Diskussion über eine mögliche Einbindung des 18. Sachverständigen verschwenden, sondern heute darüber

entscheiden. Deshalb sei dem Antrag der Sachverständigen (A-Drs.17(24)015) zuzustimmen.

Abg. Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, dass alle Fraktionen mehr Beteiligung wollten, sodass sie dies also auch „machen“ müssten. Über ein Jahr lang sei „rumgepuzzelt“ und die verschiedenen Vorschläge abgewogen worden. Dann sei ein einstimmiger, öffentlich bekanntgebener Beschluss gefasst worden, der letztlich mit relativ fadenscheinigen Argumenten verhindert worden sei. Gerade aufgrund dieser schwachen Begründung müsse die Enquete-Kommission nun darauf drängen, dass der vorliegende Antrag der fünf Sachverständigen beschlossen werde und nicht noch weitere Modifikationen eingebracht werden, die die Diskussion unnötig verlängerten. Die Zeit laufe der Enquete davon, weshalb man schnell zu einer Lösung kommen müsse.

Der **Vorsitzende** erklärt, dass ihm nunmehr auch die Beschlussvorlage der Fraktionen der CDU/CSU und FDP vorliege und bittet darum, dass diese verteilt werde. Er fragt, ob es weitere Wortmeldungen zu den Anträgen gebe.

SV Alvar Freude erklärt, er wolle kurz die Begründung für den Antrag der fünf Sachverständigen darlegen. Seit über einem Jahr sei bekannt, dass man die Öffentlichkeit in die Arbeit der Enquete mit einbeziehen wolle, aber bislang sei nichts geschehen. Die Enquete-Kommission habe auf der Grundlage der Arbeit der zwischenzeitlich eingesetzten Online-AG am 13. September 2010 einstimmig beschlossen, dass das ausgearbeitete Beteiligungskonzept umgesetzt werden solle. Dieses System hätte bis Jahresende 2010 eingerichtet sein sollen, was nicht geschehen sei. Im Januar 2011 habe der Ältestenrat beschlossen, dass das System aus Kostengründen und aufgrund der Dauer, die das System zur Einsetzung brauche, nicht vor der Sommerpause installiert werden könne und deshalb neu überdacht werden müsse. Dies habe die Sachverständigen sehr verwundert, weshalb sie das Angebot gemacht hätten, innerhalb weniger Tage ein entsprechendes System zu installieren, welches als offizielles Werkzeug der Enquete-Kommission benutzt werden könne. Dieses

System solle das Forum und die anderen vorhandenen Beteiligungsmöglichkeiten jedoch nicht ablösen, sondern lediglich ergänzen.

Bislang liege ihm offiziell nur der Antrag der fünf Sachverständigen vor. Der Vorschlag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP sehe demgegenüber vor, dass lediglich „irgendetwas“ getan werden solle, es aber auch mehrere Beteiligungsmöglichkeiten und vor allem nicht-offizielle Beteiligungsmöglichkeiten geben könne.

SV Alvar Freude betont, dass er diesen Vorschlag nicht mittragen könne, da ein offizielles Werkzeug benötigt werde, damit sich die Öffentlichkeit auch beteilige und nicht das Gefühl habe „für den Mülleimer“ zu arbeiten oder nicht wisse, ob ihr Beitrag in der Enquete-Kommission behandelt werde oder nicht. Wichtig sei auch, dass die Transparenz allgemein erhöht werde. Auch die Sachen, die in den Projektgruppen besprochen würden, müssten der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden, denn nur dann sei es für die Öffentlichkeit möglich, sich inhaltlich einbringen zu können und Verbesserungsvorschläge machen zu können.

Der Vorschlag der fünf Sachverständigen widerlege alle Argumente, die der Ältestenrat verwandt habe, um Adhocracy abzulehnen: Das Kostenargument werde insofern widerlegt, als dass der Vorschlag der Sachverständigen darauf abziele, Adhocracy kostenlos einzurichten. Die zu lange Einrichtungsdauer werde widerlegt, da man Adhocracy nunmehr innerhalb von zwei Tagen erhalten könne. Das dritte Argument, die bisherige, zu geringe Beteiligung der Öffentlichkeit, sei gerade damit zu begründen, dass es bislang kein Werkzeug gegeben habe, mit dem man sich adäquat hätte beteiligen können und mit dem die Arbeit der Öffentlichkeit wieder in die Kommission eingeschleust würden. Dies sei der zentrale Punkt des bereits im September beschlossenen Beteiligungskonzepts und auch des vorliegenden Antrags der fünf Sachverständigen.

SV Alvar Freude bittet daher darum, dass die Enquete-Kommission geschlossen für diesen Antrag stimmen möge.

Der **Vorsitzende** erklärt, dass die IuK-Kommission die Enquete-Kommission auch beauftragt habe, eine Gruppe einzurichten, die die bisherigen Werkzeuge evaluiere und der IuK-Kommission möglichst zügig Vorschläge unterbreite. Es sei keineswegs gesagt worden, dass Adhocracy gar nicht kommen werde, sondern lediglich der Hinweis ergangen, dass dies bis zum Zwischenbericht nicht machbar sei. Insofern sei zu überlegen, ob man dieses Angebot nicht aufgreifen wolle und unabhängig davon, was man heute noch beschließe, eine solche Gruppe einrichte.

SV padeluun führt aus, dass es spannend sei, in einer solch großen Runde Konsens zu finden. Es habe im Vorfeld viele Gespräche gegeben und er würde ungern in die Situation kommen, gegen seinen eigenen Antrag stimmen zu müssen oder sich enthalten zu müssen. Es gebe einen Entwurf der Referentenrunde vom vergangenen Freitag, in dem vor allem strittig sei, ob es überhaupt möglich sei, dem Bundestag und dem Sekretariat Aufgaben zuzuteilen. Dies solle noch einmal geprüft werden. Dennoch könne man über diesen Antrag heute schon beschließen, also nicht über den der Fraktionen der CDU/CSU und FDP. Dabei solle man im Kopf aber alle Stellen streichen, die dem Sekretariat Aufgaben zuwies. Wenn der Antrag dann angenommen sei, solle geprüft werden, ob das Sekretariat die Aufgaben erfüllen dürfe, ob man dies also beschließen dürfe. Falls diese Aufgabenerfüllung des Sekretariats möglich sei, solle dies automatisch wieder in den gefassten Beschluss mit aufgenommen werden, wenn dies nicht möglich sei, müssten diese Textpassagen folglich weggelassen werden. Auf diese Weise hätte man eine Beschlussvorlage, der alle zustimmen könnten.

SV Constanze Kurz erklärt, sie werbe ebenfalls für den Antrag der fünf Sachverständigen (A-Drs.17(24)015). Die Tischvorlage (Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP) sei im Wesentlichen mit dem Antrag der fünf Sachverständigen identisch, bis auf die Beschlussvorlage. Diese sei kopiert worden. Die Tischvorlage sei peinlich und das gesamte Vorgehen inakzeptabel. Der einzige gangbare Weg sei es, sich dem gemeinsamen Antrag der fünf Sachverständigen anzuschließen.

Abg. Jens Koeppen (CDU/CSU) führt aus, dass der Antrag der fünf Sachverständigen (A-Drs.17(24)015) ausdrücklich die Grundlage für den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP sei. Der Grund für die vorgeschlagenen Änderung des Antrags der Sachverständigen und der darin enthaltenen Beschlussempfehlungen, liege darin, dass die Fraktionen der CDU/CSU und FDP nicht noch einmal „mit demselben Kopf gegen dieselbe Wand“ rennen wollten. Ziel der heutigen Sitzung sei die Gewissheit, diese Beteiligungsplattform auch zu bekommen. Die einzige Änderung gegenüber dem Antrag der Sachverständigen liege darin, dass es Beteiligungsplattformen geben solle. Hintergrund des Ganzen sei, dass der Deutsche Bundestag selbstverständlich niemanden außerhalb des Bundestages beauftragen könne, etwas zu tun. Von vornherein festzulegen, welches System das zentrale Beteiligungswerkzeug werden solle, vereinbare sich nicht mit der Neutralität des Bundestages.

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP stelle eine Handreichung dar, der alle Mitglieder der Enquete-Kommission zustimmen könnten. Dies sei auch kein Antrag der Koalition, sondern vielmehr der ursprüngliche Antrag der Sachverständigen, modifiziert um eine geänderte Beschlussvorlage. Das vom SV Alvar Freude angesprochene Werkzeug könne aufgrund der vielen verschiedenen möglichen Beteiligungswerkzeugen nicht als alleiniges System in einem Antrag festgeschrieben werden.

Wichtig sei bei dem Antrag auch noch, dass er festlege, dass man bis zum 24. Februar 2011 wissen wolle, wie die Veröffentlichung der Texte, die bereits vorlägen, erfolgen solle, damit eine Beteiligung der Öffentlichkeit endlich erfolgen könne.

Im Ergebnis decke sich der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP mit dem der Sachverständigen, nur dass die Beschlussvorlage des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und FDP so ausgestaltet sei, das man jeden „mitnehmen“ könne.

Der Vorsitzende dankt Abg. Jens Koeppen (CDU/CSU) und fragt bei SV padeluun nach, ob die modifizierte Beschlussvorlage also folgendermaßen lauten würde.

„Die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ begrüßt den Vorschlag der Sachverständigen der Online-AG zusammen mit den Entwicklern von Adhocracy ein Beteiligungswerkzeug einzurichten. Die Kommission wird dies gemäß dem Beteiligungskonzept vom 13. September zur Online-Beteiligung der Kommission neben ihren bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen des Online-Angebots des Deutschen Bundestages nutzen falls rechtlich zulässig und das Enquete-Sekretariat beauftragen, dies zu unterstützen.“

SV padeluun stimmt der Formulierung der Beschlussvorlage so zu.

Abg. Manuel Höferlin (FDP) möchte, dass sich die Öffentlichkeit stärker beteiligen könne. Er habe dies mit den bislang vorhandenen Mitteln in seiner Projektgruppe versucht, was zwar funktioniert habe, aber es gebe bessere Möglichkeiten. Darin seien sich die meisten Mitglieder der Enquete-Kommission einig. Er selbst fände es gut, wenn es Adhocracy würde, da er davon überzeugt sei, dass man damit viel erreichen könne. Was er aber nicht wolle sei, dass man ein Tool einsetze, das sich am Ende als nicht tauglich erweisen könne, weil man es zu voreilig eingesetzt habe, bzw. man nicht genügend darüber nachgedacht habe, dass die Enquete-Kommission über bestimmte Dinge im Bundestag nicht zu bestimmen habe. Er warne davor, dass man jetzt voreilig ein Tool einsetze, dessen Wirkung letztlich aus anderen Gründen ausbleiben könne.

Der ursprüngliche Entwurf der Sachverständigen sei grundsätzlich begrüßenswert, es gebe ein paar Punkte darin, die geändert werden sollten. Wenn man dies mache, glaube er, dass man durchaus in der Lage sei, einen Beschluss zu fassen, der sich im Rahmen des Erlaubten halte. Insofern halte er den Entwurf vom Freitag (Referentenentwurf) der den Entwurf der Sachverständigen in ein paar Punkten abändere, für einen sehr guten Ausgangspunkt. Der Vorsitzende habe ja gerade eben den Beschlusstitel noch einmal zitiert. Er bitte aber darum, dass der Beschlussvorschlag vor der Abstimmung in Textform vorgelegt werde solle, damit er ihn noch einmal durchlesen könne.

Abg. Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) plädiert dafür, über den vorliegenden Antrag der fünf Sachverständigen (A-Drs.17(24)015) abzustimmen, bevor man noch mehr Zeit mit Diskussionen über Antragsänderungen verliere. Der Antrag der Sachverständigen sei im Übrigen der weitestgehende.

Der Vorsitzende übergibt das Wort an **SV Nicole Simon**.

SV Nicole Simon erläutert, dass die Enquete-Kommission und insbesondere die Sachverständigen angetreten seien, um für mehr Verständnis für das Funktionieren der digitalen Welt zu werben, aber auch um zu erfahren, wie Abgeordnete und Politik arbeiten. Dies sei für beide Seiten in gewissen Bereichen ernüchternd gewesen. In der ganzen Zeit habe sie bei allen Beteiligten den Willen gesehen, mehr Bürgerbeteiligung haben zu wollen. Die diesbezüglichen Diskussionen und Verzögerungen seien hauptsächlich an anderen Dingen festzumachen, die mit dem ursprünglichen Willen nichts zu tun hätten. Im Kern gehe es aber darum, dass man die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie klare Wege der Veröffentlichung haben wolle. Bislang habe es niemals eine klare Anweisung an die wissenschaftlichen Mitarbeiter gegeben, nach den Projektgruppensitzungen bestimmte Inhalte zu veröffentlichen, damit die Öffentlichkeit sich daran „abarbeiten“ könne – und dies nicht nur auf einer einzigen Plattform, sondern auf vielen verschiedenen.

Dies sei schon deshalb notwendig, da jede Fraktion eigene Gruppierungen habe, die sich damit auseinandersetzen müssten. Als Enquete-Kommission insgesamt brauche man aber einen zentralen Anlaufpunkt, dem die Enquete-Kommission zuhören könne und bei dem die Beteiligung der Öffentlichkeit wieder in die Arbeit des Bundestages einlaufen könne. Dies sei auch die Intention des Antrags der Sachverständigen. Es stelle sich nun die Frage, wie man einen Kompromiss schaffen könne zwischen dem Antrag der fünf Sachverständigen und den „kosmetischen“ Änderungen in den Textpassagen rund um die Frage der Beauftragung des Sekretariats, die in der „Freitags-Vorlage“ des Referentenentwurfs beinhaltet seien. Sie wolle verhindern, dass etwas geschaffen werde, was hinterher „einkassiert“ werden könne. Unabhängig davon betont sie nochmals den gemeinsamen Willen zur Einbeziehung der

Öffentlichkeit; es müsse das Minimalziel aller sein, dass dies bereits für den Zwischenbericht geschehe.

Der **Vorsitzende** schließt die Aussprache und stellt fest, dass folgende Anträge zur Abstimmung vorliegen:

1. **Antrag der fünf Sachverständigen (A-Drs. 17(24)015)**
2. **Beschlussvorlage der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ auf A-Drs. 17(24)016**
3. **Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP (Tischvorlage)**

Abg. Jimmy Schulz (FDP) regt an, in dem Antrag auf A-Drs. 17(24)016 auf Seite 3 im Beschlusstext das Wort „zeitnah“ durch „heute“ zu ersetzen.

Der **Vorsitzende** unterbricht die Sitzung für zehn Minuten, damit der modifizierte schriftliche Antrag auf A-Drs. 17(24)016 verteilt und gelesen werden kann.

Die Sitzung wird um 15.43 Uhr fortgesetzt.

Abg. Jens Koeppen (CDU/CSU) erklärt, dass die Regierungskoalition ihren Antrag zurückziehen werde, wenn der Antrag auf A-Drs. 17(24)016 zur Abstimmung gestellt werde.

Nach intensiver, streitig geführter Diskussion verständigt die Kommission auf Anregung des **Vorsitzenden** darauf, den Antrag auf A.-Drs. 17(24)016 als Änderungsantrag zu dem Antrag auf A-Drs. 17(24)015 anzusehen und diesen den Usancen des Parlamentes entsprechend zunächst abzustimmen.

Die Kommission nimmt den Änderungsantrag auf A-Drs. 17(24)016 mit großer Mehrheit an.

Der **Vorsitzende** stellt sodann den in dieser Form modifizierten Antrag der Sachverständigen auf A-Drs. 17(24)015 zur Abstimmung.

Die Kommission beschließt mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme und einigen Enthaltungen den Antrag der fünf Sachverständigen in der Form anzunehmen, den er durch den Änderungsantrag auf A-Drs. 17(24)016 erhalten hat.

Der **Vorsitzende** gibt eine Erklärung zur Abstimmung zu Protokoll (Anlage).

Abschließend erklärt **Abg. Halina Wawzyniak (DIE LINKE.)**, sie ziehe den ebenfalls vorliegenden Antrag ihrer Fraktion zur Einbeziehung der interessierten Öffentlichkeit bis zur nächsten ordentlichen Kommissionssitzung zurück.

TOP 2 – Bestimmung des stellvertretenden Vorsitzenden

Abg. Gerold Reichenbach (SPD) wird ohne Gegenstimmen zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden bestimmt. Er bedankt und erklärt, sich auf die künftige Zusammenarbeit zu freuen.

TOP 3 – Verschiedenes

Der **Vorsitzende** übergibt das Wort an **SV Dr. Wolfgang Schulz**.

SV Dr. Wolfgang Schulz weist daraufhin, dass der jetzige Stand der Arbeitstexte in den Projektgruppen seiner Ansicht nach noch nicht der angestrebten Qualität für den Zwischenbericht entspreche, so dass er sich dafür aussprechen wolle, den Termin für den Zwischenbericht um einen kurzen Zeitraum zu verschieben.

Der **SV Harald Lemke** weist daraufhin, dass eine Verschiebung des Termins für den Zwischenbericht problematisch sei im Hinblick auf die Projektgruppen, die nach

dem Zwischenbericht ihre Arbeit aufnehmen sollen. Diesen stünde dann wenig Zeit zur Verfügung.

SV Prof. Dr. Hubertus Gersdorf bekräftigt den Vorschlag des **SV Dr. Wolfgang Schulz**, da die Qualitätssicherung Vorrang haben müsse. Auch er sei der Ansicht, dass die Papiere der Projektgruppen noch nicht überall die gewünschte Qualität aufweisen.

Auch **SV Dr. Jeanette Hofmann** unterstützt den Vorschlag im Grundsatz. Sie sei allerdings der Ansicht, dass man an dem Termin für den Zwischenbericht festhalten könne. Man müsse sich dann aber überlegen, ob man sich in den Projektgruppen nicht auf die bereits bestehenden Texte konzentrieren und diese qualitativ aufwerten wolle. Zugleich könne man darüber nachdenken, die Laufzeit der bestehenden Projektgruppen zu verlängern und den Beginn der nachfolgenden Projektgruppen entsprechend zu verschieben.

SV Nicole Simon plädiert dafür, die bereits bestehenden Texte daraufhin zu überprüfen, inwieweit diese nicht bereits der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden können. Sie wolle spätestens bis zur nächsten Sitzung der Enquete darüber Klarheit haben, inwiefern die Projektgruppen die Absicht besäßen, einzelne Texte zunächst zurückzuhalten. Sie bitte daher die Projektgruppen darum, sich kurzfristig zu verständigen, wo es eventuell Vorbehalte gegen die Veröffentlichung einzelner Texte gebe, damit das Sekretariat und die wissenschaftlichen Mitarbeiter Klarheit bekämen, welche Texte online gestellt werden dürfen und welche nicht.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der 14. März 2011 bewusst als Sitzungstag der Enquete-Kommission gestrichen worden sei, da allen klar sei, dass die Textarbeit bis zu diesem Datum wohl noch nicht genügend vorangeschritten sei. Der 21. März 2011 sei vorgesehen, um erste Texte zu beraten. Im April sei eine Klausurtagung angedacht, um Zeit für eine intensive Arbeit zu haben.

SV Prof. Dr. Wolf-Dieter Ring unterstützt den Vorschlag von **SV Dr. Wolfgang Schulz**. Es sei zwar richtig, dass man unter Zeitdruck arbeiten müsse, allerdings sei das Qualitätsargument nicht aus den Augen zu verlieren. Das Hauptproblem sei die Parallelität der Mitwirkung an neuen Projektgruppen, während man zeitgleich dabei sei, die bisherigen Projektgruppen weiter zu entwickeln und abzuschließen. Er spreche sich insofern ausdrücklich dafür aus, die Arbeit der Projektgruppen zügig zu einem Ergebnis kommen zu lassen; man müsse aber Mechanismen und Verfahren wählen, die die Mitglieder der Projektgruppen dazu in die Lage versetzten, erfolgreich mitwirken zu können.

SV Dr. Wolfgang Schulz betont, dass ihm bewusst sei, dass eine Verschiebung des Zwischenberichts zu Problemen für die noch einzusetzenden Projektgruppen führen könne. Er sei aber der Ansicht, dass man aufgrund einer Mischung aus Professionalisierung und Ermüdung künftig schneller vorankommen werde. Insofern solle man die von ihm angeregten Überlegungen in der Obleute-Runde besprechen und eine Flexibilisierung der Deadline im Blick behalten.

SV padeluun weist darauf hin, dass eines der großen Probleme der Öffentlichkeit darin bestehe, dass die Projektgruppen in der Regel nicht öffentlich tagten. Folglich sei eine Beteiligung in der Form, wie man sie sich eigentlich wünsche, noch gar nicht möglich. Er frage sich insofern, ob sich nicht die Projektgruppe Demokratie und Staat exemplarisch dazu entschließen könne, komplett offen zu tagen und „gestreamt“ zu werden. Dies würde er sich ausdrücklich wünschen.

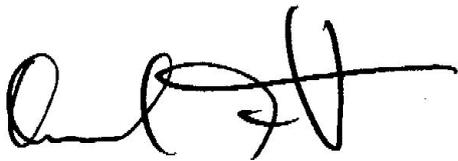
Der **Vorsitzende** fasst die gemachten Anregungen zum Zwischenbericht noch einmal zusammen und kündigt an, die Überlegungen in der nächsten Obleute-Runde aufzugreifen. Er betont aber auch die Notwendigkeit, den Zwischenbericht im Mai im Plenum des Deutschen Bundestages zu diskutieren.

Nach einer kurzen Diskussion in der Enquete-Kommission bittet der **Vorsitzende** darum, dass die Mitglieder der in der heutigen Sitzung beschlossenen Online-Beteiligungs-AG bis Mittwochabend (23. Februar 2011) benannt werden.

SV Alvar Freude regt an, dass man mit dem Beginn der neuen Projektgruppen noch warten solle, bis die Arbeit der bereits bestehenden Projektgruppen abgeschlossen sei.

Der **Vorsitzende** weist daraufhin, dass vereinbart worden sei, dass nicht mehr als vier Projektgruppen zur gleichen Zeit arbeiten sollen. Daher sollten die neuen Projektgruppen ihre Arbeit noch nicht aufnehmen. Er betont aber auch, dass dies nicht dazu führen dürfe, dass die neuen Projektgruppen erst nächstes Jahr ihre Arbeit aufnehmen.

Der **Vorsitzende** schließt die Sitzung um 16.13 Uhr.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Alvar Freude', written in a cursive style.

Sitzung der Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft"

Montag, 21. Februar 2011, 14:00 Uhr off.

	<u>Fraktionsvorsitzende:</u>	<u>Vertreter:</u>
CDU/ CSU
SPD
FDP
DIE LINKE.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:
(Name bitte in Druckschrift)

Fraktion:

Unterschrift:

..... SCHEELE LINKE 
..... Wolke Strodel B90/ Die Grünen 
..... GIERMANN B90/ Grüne 
..... v. Döberitz B90/ Grüne 
..... Klocasch SPD 
..... KÜHNAU CDU/CSU 
..... SAUER FDP 
..... BERGMANN CDU/CSU 
..... OTT CDU/CSU 

Montag, 21. Februar 2011, 14:00 Uhr

Deutscher Bundestag

Anwesenheitsliste

Off.

Sitzung der Enquete- Kommission "Internet und digitale Gesellschaft"

als sachverständige Mitglieder

Beckedahl, Markus

Freude, Alvar C. H.

Gersdorf Prof. Dr., Hubertus

Gorny Prof., Dieter

Hofmann Dr., Jeanette

Kurz, Constanze

Lemke, Harald

Mühlberg, Annette

Osthaus Dr., Wolf

padeluun

Ring Prof. Dr., Wolf-Dieter

Rohleder Dr., Bernhard

Schröder, Lothar

Schulz Dr., Wolfgang

Simon, Nicole

Tausch, Cornelia

Weinhardt Prof. Dr., Christof



Tagungsbüro

Seite 2

Sitzung der Enquete-Kommission " Internet und digitale Gesellschaft "
Montag, 21. Februar 2011, 14:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
BÜ90/GR Notz Dr., Konstantin von Rößner, Tabea		BÜ90/GR Montag, Jerzy Sager, Krista

Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

Sitzung der Enquete-Kommission "Internet und digitale Gesellschaft"
Montag, 21. Februar 2011, 14:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
CDU/CSU		CDU/CSU	
Brandl Dr., Reinhard		Brand, Michael
Fischer (Karlsruhe-Land), Axel E.		Hirte, Christian
Heveling, Ansgar		Knoerig, Axel
Jarzombek, Thomas		Mayer (Altötting), Stephan
Koeppen, Jens		Schipanski, Tankred
Tauber Dr., Peter		Schön (St. Wendel), Nadine
SPD		SPD	
Kahrs, Johannes		Dörmann, Martin	
Klingbeil, Lars		Lischka, Burkhard	
Özoguz, Aydan		Schwarzlühr-Sutter, Rita	
Reichenbach, Gerold		Zypries, Brigitte	
FDP		FDP	
Blumenthal, Sebastian		Bernschneider, Florian
Höferlin, Manuel		Canel, Sylvia
Schulz, Jimmy		Thomae, Stephan
DIE LINKE.		DIE LINKE.	
Sitte Dr., Petra		Behrens, Herbert
Wawzyniak, Halina		Korte, Jan

Stand: 17. Dezember 2010
Tagungsbüro / Referat ZT 4 - Logistik - Luisenstr. 32-34 Telefon 227-32659